

Glasgow, ein Wendepunkt? Eine erste Bewertung der Klimakonferenz COP26

Obergassel, Wolfgang; Arens, Christof; Hermwille, Lukas; Brandemann, Victoria; Spitzner, Meike; Beuermann, Christiane; Kreibich, Nicolas; Schulze-Steinen, Max; Ott, Hermann E.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Obergassel, W., Arens, C., Hermwille, L., Brandemann, V., Spitzner, M., Beuermann, C., ... Ott, H. E. (2022). Glasgow, ein Wendepunkt? Eine erste Bewertung der Klimakonferenz COP26. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 71(1), 21-27. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Glasgow, ein Wendepunkt?

Eine erste Bewertung der Klimakonferenz COP26

*Wolfgang Obergassel, Christof Arens, Lukas Hermwille
Victoria Brandemann, Meike Spitzner, Christiane Beuermann,
Nicolas Kreibich, Max Schulze-Steinen, Hermann E. Ott*

Die 26. Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Conference of the Parties, COP26) fand Anfang November 2021 unter britischem Vorsitz in Glasgow statt. Die COP26 markierte die symbolische Halbzeit zwischen der Verabschiedung der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) im Jahr 1992 und dem Jahr 2050, in dem laut IPCC weltweit netto null CO₂-Emissionen erreicht werden müssen.¹ Bis heute steigen die CO₂-Emissionen jedoch stetig an. Vor diesem Hintergrund war das Pariser Abkommen (PA) von 2015 ein zentraler Durchbruch. Es ist das erste internationale Abkommen, das von allen Ländern ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen verlangt.

Glasgow: Umfang der erforderlichen Anstrengungen präzisieren

Im PA beschloss die internationale Gemeinschaft, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau, am besten unter 1,5°C, zu halten. So wurde das oberste Ziel der UNFCCC präzisiert, den gefährlichen anthropogenen Klimawandel zu verhindern. Das Temperaturziel des PA definiert die Gefahrenschwelle des Klimaregimes und übersetzt es in Emissionspfade. Es legt fest, dass die globalen Emissionen schnellstmöglich ih-

ren Höhepunkt erreichen müssen. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts muss ein Gleichgewicht zwischen Emissionen und Senken erreicht werden.

Die Diskussionen seit Paris haben dieses Ziel weiter gestärkt. Lag das internationale Ziel bisher bei 2°C, wurde in Paris die 1,5°C-Grenze nur aufgrund des starken Drucks der am stärksten gefährdeten Länder aufgenommen. Seit Paris ist die 1,5°C-Grenze immer mehr Maßstab für Maßnahmen geworden, und auch die britische COP-Präsidentschaft sah das übergeordnete Ziel der Konferenz darin, „das 1,5°C-Ziel in Reichweite zu halten“.

Der Klimapakt von Glasgow stellt Ergebnisse des IPCC in den Vordergrund (besonders die des alarmierenden 1,5°C-Berichts) und erkennt an, dass die Auswirkungen des Klimawandels bei 1,5°C im Vergleich zu 2°C „viel geringer“ sein werden, und „beschließt, die Bemühungen fortzusetzen“, um unter 1,5°C zu bleiben. Noch bemerkenswerter ist, dass in dem Beschluss erstmals die Verbindung zwischen langfristigen und kurzfristigen Zielen hergestellt wird. Er unterstreicht die Ergebnisse des IPCC-Berichts, wonach die 1,5°C-Grenze nur dann zu erreichen ist, wenn die CO₂-Emissionen bis 2030 um 45% unter das Niveau von 2010 und bis zur Mitte des Jahrhunderts auf (netto) Null gesenkt werden.

Der Ambitionsmechanismus funktioniert – bis zu einem gewissen Grad

Neben der „Halbzeit“ markierte die COP auch einen wichtigen Meilenstein im sog. Ambitionsmechanismus des PA. 2020 war das erste Mal, dass die Vertragsstaaten des PA neue oder aktualisierte Zusagen für den Klimaschutz, die so genannten Nationally Determined Contributions (NDCs), vorlegen sollten. Im Vorfeld der Pariser Konferenz war klar, dass die ursprünglichen Zusagen der Länder viel zu schwach waren, um den globalen Temperaturanstieg auch nur unter 2°C zu halten. Daher wurde in dem Abkommen ein Fünfjahreszyklus zur Stärkung der Ambitionen und der Umsetzung festgelegt. Er sieht vor, dass die Vertragsstaaten alle fünf Jahre neue oder überarbeitete NDCs vorlegen, die im Rahmen einer globalen Bestandsaufnahme (Global Stocktake, GST) bewertet werden können. Diese zeigt die Fortschritte der Vertragsstaaten bei der Erreichung der Ziele des PA auf. Die Ergebnisse des GST sollen in die Entwicklung der nachfolgenden NDCs einfließen.

Dieser Punkt war wichtig, da kürzere Zeiträume mehr Druck für ambitionierte Klimamaßnahmen auf die Länder ausüben. Im Ergebnis der Glasgow-Konferenz werden die Staaten „ermutigt“, im Jahr 2025 ein NDC mit dem Enddatum 2035 vorzulegen, im Jahr 2030 ein NDC mit dem Enddatum 2040 und so weiter. Allerdings ist „ermutigen“ keine rechtlich verbindliche Vorgabe, und der Beschluss bekräftigt auch den national festgelegten Charakter der NDCs.

Bisher hat die Einreichung der NDCs und die staatliche Ambitionssteigerung lediglich zu einem gewissen Grad funktioniert. So hat eine große Anzahl von Staaten im Laufe des Jahres 2020/21 neue NDCs vorgelegt², von denen ungefähr die Hälfte ehrgeiziger ist. Dennoch haben viele Staaten ihre NDCs noch nicht überarbeitet. Der Glasgower Klimapakt fordert die Vertragsstaaten auf, ihre Ziele bis Ende 2022 zu überprüfen und hinsichtlich des 1.5°C-Zieles zu verstärken. Diese Aufforderung ist eine bemerkenswerte Errungenschaft, da sie eine wesentliche Stärkung der Bestimmungen des PA darstellt, das nur alle fünf Jahre die Vorlage neuer oder verstärkter NDCs verlangt. Denn zusammengenommen bleiben

auch die neuen NDCs zu schwach, um die Ziele des PA zu erreichen, da sie die für 2030 prognostizierten Emissionen nur um 7,5% reduzieren. Damit liegt die Welt auf einem 2,7°C-Kurs.³ Um das 1.5°C-Ziel zu erreichen, wäre eine Reduzierung von 55% erforderlich.

In den letzten Jahren kamen Impulse für ehrgeizige Ziele meist von Initiativen nichtstaatlicher und subnationaler Akteure und waren nicht das Ergebnis diplomatischer Verhandlungen. Um diesen Ehrgeiz zu nutzen, hat der britische COP-Vorsitz eine Reihe von sektoralen Initiativen angestoßen und koordiniert, die vom britischen Premierminister mit den Stichworten „Kohle, Geld, Autos und Bäume“ umrissen wurden. Die vielleicht herausragendste Initiative betraf die Kohlenutzung mit einer Reihe von Selbstverpflichtungen zum Ausstieg, darunter einige unerwartete Staaten wie die Ukraine, Indonesien, Vietnam und Südkorea. Indien kündigte zwar keinen Kohleausstieg an – aber das verschärfte Ziel, bis 2030 einen Anteil von 50% an erneuerbaren Energien zu erreichen, wird die Aussichten der Kohle erheblich beeinflussen. Mit diesen Ankündigungen sind nun 750 Kohlekraftwerke durch konkrete Ausstiegsdaten abgedeckt, weitere 1600 Anlagen stehen in Ländern, die bereits das Ziel der Klimaneutralität ausgerufen haben. Nur noch 170 Anlagen (5% der weltweiten Kohlekraftwerke) sind nicht betroffen. Nur ein Jahr zuvor lag diese Zahl noch bei 2100 Kraftwerken – ein klarer Erfolg der katalytischen Rolle des COP-Prozesses.⁴

Fertigstellung des Regelwerks von Paris

Die Konferenz in Glasgow hatte auch die Aufgabe, sich auf einige noch offene Fragen zu einigen, um das Pariser Regelwerk fertig zu stellen. Wichtig waren hier der oben beschriebene gemeinsame Zeitrahmen für die NDCs sowie die Regeln zur freiwilligen Kooperation zwischen Staaten unter Art. 6 des PA.

Art. 6 ermöglicht es den Vertragsstaaten, bei der Umsetzung ihrer NDCs auf freiwilliger Basis zusammenzuarbeiten. Staaten können dadurch Klimaschutzmaßnahmen bi- oder multilateral durchführen oder einen neuen Mechanismus, den

Nachfolger des Clean Development Mechanism (CDM), nutzen.

Die Verabschiedung des Art. 6-Regelwerks ist ein bedeutender Erfolg der COP26. Insbesondere die Einigung auf Regeln zur Vermeidung der Doppelzählung von Emissionsreduktionen durch eine robuste Verrechnung ist ein entscheidender Durchbruch. Die in Glasgow verabschiedeten Anrechnungsregeln verlangen von den Vertragsstaaten, dass sie alle genehmigten und verwendeten Emissionsreduktionen durch sogenannte „corresponding adjustments“ anrechnen: das Verkäuferland addiert die Menge der übertragenen Emissionsminderungen zu seiner Emissionsbilanz, während das Käuferland die Emissionsminderungen von seiner Emissionsbilanz abzieht.

Die Überführung des CDM in das PA war ein weiteres strittiges Thema bei den Verhandlungen. Die Nutzung von CDM-Gutschriften für die Umsetzung von NDCs unter dem PA und die Überführung von CDM-Aktivitäten in den neuen Mechanismus waren seit langem zentrale Forderungen großer Entwicklungsländer wie Brasilien und Indien. In Glasgow haben die Vertragsstaaten Regeln verabschiedet, die beide Aspekte des CDM-Übergangs ermöglichen: die Überführung von Projekten und die Nutzung von Zertifikaten – ein Zugeständnis, das gemacht wurde, um die Unterstützung für die Verabschiedung der umfassenden Verrechnungsregeln zur Vermeidung der Doppelzählung sicherzustellen. In Glasgow einigten sich die Vertragsstaaten darauf, die Übertragung von CDM-Zertifikaten auf Aktivitäten zu beschränken, die ab 2013 registriert wurden. Die genauen Auswirkungen dieses Kompromisses sind schwer vorherzusagen, da sie weitgehend davon abhängen, ob sich für diese Zertifikate tatsächlich Käufer finden werden. Ebenso bleibt abzuwarten, ob Staaten mit CDM-Projekten tatsächlich dazu bereit sein werden, den Übergang bestehender Aktivitäten auf den Art. 6-Mechanismus zu genehmigen, da dieser die Umsetzung von corresponding adjustments auslösen würde.

Dennoch kann das Art. 6-Regelwerk als Erfolg betrachtet werden. Es bietet einen robusten Anrechnungsrahmen – wenngleich Unsicherheiten bestehen bleiben. Die Umsetzung der freiwilligen Kooperation unter Art. 6 verlangt umfassende Anstrengungen zum Aufbau von Kapazitäten, um

den gleichberechtigten Zugang aller Staaten zu diesen Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Gender-Responsivität

Nach langen globalen Bemühungen und trotz des UN-Gender-Mainstreaming-Gebots hatte es die Verpflichtung, den Gender-Bias der internationalen Klimapolitik systematisch und aktiv zu revidieren, nur in die Präambel des PA geschafft. Heute ist zwar ein Enhanced Gender Action Plan unter der UN-Klimakonvention in Kraft, welcher die Einrichtung von nationalen Gender and Climate Change Focal Points und gender-responsive nationale Klimapolitiken fordert sowie Erfüllung von weiteren Aufgaben in fünf definierten Schwerpunktbereichen.⁵ Verhandlungsstränge der internationalen Klimapolitik zum Strukturwandel zugunsten nachhaltiger Lebensbedingungen für die Bürger*innen fehlen jedoch weiterhin fast vollständig.

Auch die Arbeit der UNFCCC-Gremien bleibt weit hinter den Anforderungen zurück. Der UNFCCC-eigene Synthesebericht zur COP26 konstatiert, dass mehr als die Hälfte der überprüften Gremien keinerlei – über vereinzelte sexusbasierte Geschlechterparitäts-Verbesserungen hinausgehende – Fortschritte zur Aufnahme der fachlich-sachlichen Geschlechterreflexion in ihre Prozesse und inhaltliche Arbeit gemacht haben.

Kritisiert wurden von Gender-Expert*innen zudem „falsche Lösungen“, etwa die Akkumulationsökonomie-zentrierten „marktbasierten“ Ansätze unter Art. 6. Denn diese beinhalten zwei Elemente: (1) die Verschärfung der intersektionalen genderhierarchischen Ungleichheit an Chancen und Belastungen, trotz der in Glasgow verabschiedeten Bestimmungen zu sozialen und ökologischen Schutzmaßnahmen und eines unabhängigen Beschwerdemechanismus, (2) die Fortsetzung der Sperre gegen notwendige Transformationen hin zu Bedingungen für nachhaltige gesellschaftliche Naturverhältnisse, was Probleme zweiter Ordnung in sozialer, versorgungsökonomischer und ökologischer Hinsicht erzeugt.

Klimafinanzierung bleibt ein Schwachpunkt

Die Bereitstellung finanzieller Unterstützung der Entwicklungs- durch die Industrieländer ist jeher ein Schwachpunkt der UNFCCC. COP26 markierte dabei einen besonderen Tiefpunkt, da die Industrieländer ihr Versprechen, ab 2020 jährlich 100 Mrd. USD bereitzustellen, nicht einhielten. Immerhin zwang ihr kollektives Versagen die Industrieländer dazu, einen Plan zur Erreichung dieses Ziels zu entwickeln. Das Ziel soll jedoch erst 2023 erreicht werden, während die Entwicklungsländer sofortige Abhilfe gefordert hatten. Zudem gibt es einen detaillierten Prozess zur Festlegung des nächsten Finanzierungsziels für die Zeit nach 2025.

Interessanterweise traten in Glasgow zwei neue Bereiche der Klimafinanzierung ins Rampenlicht: (1) war die Bereitstellung von Finanzmitteln für Loss & Damage eine zentrale Forderung vieler Entwicklungsländer. Aufgrund des Widerstandes vieler Industrieländer wurde das aber nicht Teil des Glasgow-Pakts. Beobachter sind dennoch der Meinung, dass diese Diskussion in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen wird. (2) ist die finanzielle Unterstützung des gerechten Strukturwandels mehr im Fokus. In einem sehr umstrittenen Absatz wird „die Notwendigkeit einer Unterstützung für einen gerechten Strukturwandel“ anerkannt. Die „Just Energy Transition Partnership“, eine Initiative zwischen Südafrika und u.A. den USA und der EU, die 8,5 Mrd. USD zur Beschleunigung der Dekarbonisierung der südafrikanischen Wirtschaft bereitstellt, ist ein Beispiel dafür.

Klima-Anpassung weiter gestärkt

Das Pariser Abkommen hat den Stellenwert der Anpassung an den Klimawandel erhöht, indem es diese als übergeordnetes Ziel aufnahm und ein globales Anpassungsziel allgemein beschrieb. Glasgow hat die Anstrengungen für Anpassung in zwei wichtigen Aspekten weiter gestärkt:

(1) einigten sich die Vertragsstaaten darauf, den Betrag der für die Anpassung bestimmten Klima-

finanzierung bis 2025 auf 40 Mrd. USD zu verdoppeln. Derzeit fließen nur 25% der Gesamtmittel in die Anpassung, während die Entwicklungsländer stets eine gleichmäßige Aufteilung der von den Industrieländern zugesagten 100 Mrd. USD zwischen Klimaschutz und Anpassung gefordert haben.

(2) haben die Vertragsstaaten den 2001 eingerichteten Anpassungsfonds gestärkt. Ursprünglich speiste sich dieser aus einer Abgabe auf CDM-Emissionszertifikate. Da diese jedoch aufgrund einer Nachfrageklamme seit 2013 drastisch einbrachen, war der Fonds auf freiwillige Zuwendungen der Vertragsstaaten angewiesen. Auf der COP26 wurde mit der Zweckbindung eines Teils der Erlöse aus Art. 6-Emissionstransfers die erste Finanzierungsquelle wiederbelebt. Darüber hinaus machten die Vertragsstaaten auf der COP26 neue Zusagen in Höhe von 800 Mio. USD, was den Anpassungsfonds um 40% aufstocken würde.

Darüber hinaus wurde ein technisches Arbeitsprogramm auf den Weg gebracht. Dieses soll das im PA festgelegte globale Anpassungsziel genauer definieren und operationalisieren. In seiner jetzigen Form führt das globale Anpassungsziel im Wesentlichen zu einer Sichtbarkeit des Themas ohne eine dem Temperaturziel vergleichbare spezifische Orientierung zu bieten.

Loss & Damage im Fokus

Der Begriff „Loss & Damage“ bezieht sich auf die unvermeidlichen Klimawirkungen, an die keine Anpassung mehr möglich ist, wie z.B. Landverluste durch den Anstieg des Meeresspiegels. Einer der Hauptstreitpunkte bei den Pariser Verhandlungen war die Frage, ob das Thema Loss & Damage einen eigenen Artikel im Abkommen erhalten sollte. Dieses Ziel wurde erreicht, aber als Zugeständnis an die Bedenken der Industrieländer einigten sich die Parteien darauf, dass der entsprechende Artikel des Abkommens keine Haftung oder Entschädigung beinhaltet oder eine Grundlage dafür bietet.

Auf COP26 wurde intensiv über die Finanzierung von Loss & Damage debattiert. Mit der Zusage Schottlands und Walloniens, Mittel spezi-

ell für die Wiedergutmachung von Loss & Damage bereitzustellen, haben zwei subnationale Regierungen aus Industrieländern als erste mit einem Tabu gebrochen. Zukünftig werden die Industrieländer hier weitere finanzielle Zugeständnisse machen müssen. Obwohl der Klimapakt von Glasgow keine wirksamere Institution für Loss & Damage vorsieht, steht das Thema nun auf der Tagesordnung der COP 27 in Ägypten.

Bereits auf der COP19 im Jahr 2013 wurde der Warschauer Internationale Mechanismus (WIM) für Loss & Damage als wichtigstes Instrument im Rahmen des UNFCCC-Prozesses zur Vermeidung, Minimierung und Bewältigung von Loss & Damage eingerichtet. Dies wurde durch das PA bekräftigt. Auf der COP26 wurde der WIM überprüft. Eine Schlussfolgerung und Priorität insbesondere für die Entwicklungsländer war, dass der WIM weiter operationalisiert werden sollte, um seine Funktionen, z.B. „Austausch & Dialog“ sowie „Aktion & Unterstützung“, zu stärken. Das Thema soll auf der COP27 wieder aufgenommen werden, wo der WIM näher operationalisiert werden muss.

Fazit

Die Frage, ob die COP 26 ein Erfolg war, hängt zu allererst vom gewählten Bewertungsmaßstab ab. Bei der Bewertung der Wirksamkeit internationaler Umweltabkommen können drei Ansätze unterschieden werden⁶:

(1) die Problemlösungseffektivität: Inwieweit begrenzen das PA und der Klimapakt von Glasgow die globale Erwärmung auf 1,5°C? Verschiedene Analysen weisen darauf hin, dass die Welt bisher klar das 1,5°C-Ziel verfehlt^{7,8}. Wenn also Effektivität der Problemlösung als Maßstab für den Erfolg zugrunde gelegt wird, muss die COP26 als klarer Misserfolg gewertet werden.

(2) kann die Effektivität des Regimes anhand der Auswirkungen auf die tatsächliche Schaffung von Ergebnissen (d.h. entsprechende Politiken und Maßnahmen auf nationaler Ebene) und Resultaten in Form von konkreten Verhaltensänderungen bei den Akteuren des Klimaregimes bewertet werden. Hier zeigt eine aktuelle Analyse⁹, dass in dieser

Hinsicht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, denn vor Paris zeichnete sich eine Erwärmung von 3,5-4°C ab. Durch die Beschlüsse von Paris gelang es, den Kurs in Richtung 2,7°C zu ändern – wenn alle Zusagen und langfristigen Ziele tatsächlich erreicht werden, könnte demnach eine Begrenzung auf 2,1°C erreicht werden. Die optimistischsten Szenarien deuten sogar zum ersten Mal darauf hin, dass die globale Erwärmung bei 1,8°C gestoppt werden könnte. Dies ist ein klares Zeichen dafür, dass das PA Wirkung zeigt, auch wenn das Tempo bisher nicht ausreicht, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen.

(3) kann die Analyse erfolgen gemessen am Rahmen dessen, was internationale Klimapolitik realistischer Weise erreichen kann. Grundlage hierfür ist eine plausible Vorstellung davon, wie ein ideales Ergebnis aussehen würde. Die obige Analyse sollte im Zusammenhang mit diesem letzten Ansatz gelesen werden. In Glasgow sollte kein neues internationales Klimaabkommen von Grund auf ausgehandelt werden. Der Gipfel baut auf dem in Paris vereinbarten Rahmen auf. Maßstab für den Erfolg sollte deshalb sein, ob und inwieweit die Mechanismen des PA umgesetzt, gestärkt und sich als wirksam erwiesen haben. Vor diesem Hintergrund kann der Schluss gezogen werden, dass das PA und die Konferenz in Glasgow das Bewusstsein für die Klimakrise weltweit geschärft hat und diverse Akteure auf der ganzen Welt zum Handeln bewegt. Als Erfolg zu werten sind insbesondere die sektoralen Initiativen neben den zwischenstaatlichen Verhandlungen.

Diese Initiativen allein werden jedoch höchstwahrscheinlich nicht ausreichen, sondern müssen weiter gefestigt und institutionalisiert werden, etwa in Form sektorspezifischer Klimaclubs mit einer rechtsverbindlichen vertraglichen Grundlage. Auch multilaterale Abkommen¹⁰ können ehrgeizigere Länder einbeziehen, die sowohl größere Emittenten als auch Länder mit geringen Emissionen umfassen, um ein starkes Bündnis für einen „fast track“ zu bilden. Beispielsweise setzen sich große Teile der Zivilgesellschaft für einen rechtsverbindlichen „Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe“ ein, der Zeitpläne für den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, Beschränkungen für die Finanzierung fossiler Projekte und

Bestimmungen für einen gerechten Strukturwandel für alle Sektoren, die von einem Ausstieg betroffen sind, enthält.¹¹

War Glasgow also ein Wendepunkt? Möglicherweise hat Glasgow tatsächlich den Anfang vom Ende für die Kohlenutzung markiert. Insgesamt sind die Pfadabhängigkeiten, die gegen das 1,5°C-Ziel arbeiten, immer noch stark – ablesbar an den Interventionen mehrerer Vertragsstaaten, die sich gegen eine weitere Runde zur Anschärfung der NDC im Jahr 2022 aussprachen. Dies gilt auch für die Abschwächung der Formulierung in Bezug auf die Kohle im Klimapakt von Glasgow – „Abbau“ statt „Ausstieg“ aus der Nutzung der Kohle. Die weitere Stärkung der Ambitionen und der Umsetzung wird kein Selbstläufer sein. Politischer Druck auf allen Ebenen wird erforderlich sein, um die notwendigen Fortschritte zu erzielen. Mit ihren Beschlüssen über das erforderliche kurzfristige Ambitionsniveau hat die Konferenz in Glasgow aber den Akteuren, die sich für ehrgeizigen Klimaschutz einsetzen, neue Instrumente an die Hand gegeben, um die Politik zur Verantwortung zu ziehen.

Anmerkungen

- 1 IPCC, Global Warming of 1.5°C – An IPCC Special Report (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2018)
<<https://www.ipcc.ch/sr15/>>.
- 2 116 neue oder aktualisierte NDCs wurden bis zum 12. Oktober eingereicht.
- 3 United Nations Environment Programme, ‘Emissions Gap Report 2021: The Heat Is On – A World of Climate Promises Not Yet Delivered’ (2021)
<<https://www.unep.org/emissions-gap-report-2021>> accessed 17 November 2021.
- 4 CREA, ‘Powering Down Coal – COP26’s Impact on the Global Coal Power Fleet’ (Centre for Research on Energy and Clean Air 2021)
<<https://energyandcleanair.org/wp/wp-content/uploads/2021/11/Glasgow-impact-on-coal.pdf>> accessed 16 November 2021.
- 5 UNFCCC, ‘Enhanced Lima Work Programme on Gender and Its Gender Action

Plan’ (2020) Decision 3/CP.25

<https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cp2019_13a01E.pdf> accessed 18 November 2021.

- 6 Oran R Young, ‘Effectiveness of International Environmental Regimes: Existing Knowledge, Cutting-Edge Themes, and Research Strategies’ (2011) 108 Proceedings of the National Academy of Sciences 19853.
- 7 Climate Action Tracker, ‘Glasgow’s 2030 Credibility Gap: Net Zero’s Lip Service to Climate Action’ (2021)
<https://climateactiontracker.org/documents/997/CAT_2021-11-09_Briefing_Global-Update_Glasgow2030CredibilityGap.pdf> accessed 18 November 2021.
- 8 Fatih Birol, ‘COP26 Climate Pledges Could Help Limit Global Warming to 1.8 °C, but Implementing Them Will Be the Key – Analysis’ (IEA, 2021)
<<https://www.iea.org/commentaries/cop26-climate-pledges-could-help-limit-global-warming-to-1-8-c-but-implementing-them-will-be-the-key>> accessed 7 December 2021.
- 9 Climate Action Tracker, ‘Glasgow’s 2030 Credibility Gap: Net Zero’s Lip Service to Climate Action’ (2021)
<https://climateactiontracker.org/documents/997/CAT_2021-11-09_Briefing_Global-Update_Glasgow2030CredibilityGap.pdf> accessed 18 November 2021.
- 10 Wolfgang Obergassel, Christof Arens, Christiane Beuermann, Lukas Hermwille, Nicolas Kreibich, Hermann E Ott, Meike Spitzner: COP25 in Search of Lost Time for Action. An Assessment of COP25 in Madrid; in: Carbon & Climate Law Review, 14 (2020), 1, pp. 3-17
DOI: 10.21552/cclr/2020/1/4
- 11 Peter Newell and Andrew Simms, ‘Towards a Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty’ (2019) 0 Climate Policy 1.

Die Autor/innen dieses Beitrags

Wolfgang Obergassel
Co-Leiter des Forschungsbereichs Internationale
Klimapolitik, Wuppertal Institut für Klima, Um-
welt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
wolfgang.obergassel@wupperinst.org

Christof Arens
Senior Researcher, Wuppertal Institut für Klima,
Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
christof.arenis@wupperinst.org

Dr. Lukas Hermwille
Senior Researcher, Wuppertal Institut für Klima,
Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
lukas.hermwille@wupperinst.org

Victoria Brandemann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wuppertal Insti-
tut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
victoria.brandemann@wupperinst.org

Meike Spitzner
Senior Researcher, Wuppertal Institut für Klima,
Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
meike.spitzner@wuppertalist.org

Christiane Beuermann
Stellv. Abteilungsleitung Energie-, Verkehrs- und
Klimapolitik und Co-Leiterin des
Forschungsbereiches Internationale Klimapolitik,
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
christiane.beuermann@wupperinst.org

Nicolas Kreibich
Senior Researcher, Wuppertal Institut für Klima,
Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
nico.kreibich@wupperinst.org

Max Schulze-Steinen
Wissenschaftliche Hilfskraft, Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
max.schulze-steinen@wupperinst.org

Prof. Dr. Hermann E. Ott
Geschäftsführer, ClientEarth Deutschland
Albrechtstraße 22, 10117 Berlin
HOtt@clientearth.org